

4. Kapitel

Die 1970er-Jahre – »Die Grenzen des Wachstums« und der Gegenschlag der Ökonomen

»Ein vages, aber wachsendes Gefühl des Unbehagens« erkennt der *Spiegel* in seiner Titelgeschichte vom 5. Januar 1970.¹ Das Magazin stellt den Lesern für das anbrechende Jahrzehnt einen »Ritt auf dem Tiger« in Aussicht. Der Tiger sei der technische Fortschritt: »Es dämmert die Einsicht, daß nun die Entwicklungen und Entscheidungen in einem einzigen Jahrzehnt die Geschehnisse der Menschen stärker wandeln können als früher in Jahrhunderten. [...] Wenn zwischen der Uranspaltung und dem Bau der ersten Atombombe nur mehr sechs Jahre, zwischen der Entdeckung des Laser-Strahls und seiner industriellen Anwendung nur noch knapp zwei Jahre vergehen, wenn sich nun die Manipulation menschlichen Erbgutes in den Labors der Biochemiker schon abzeichnet, gewinnt die Zeitspanne eines Jahrzehnts eine neue, bedrohliche Dimension.«

Wenige Monate vor dem Anbruch des neuen Jahrzehnts waren erstmals Menschen auf dem Mond gelandet. Doch trotz des Erfolgs des Apollo-Programms, das Kennedy nicht einmal neun Jahre zuvor angekündigt hatte, schien der süße Rausch der Fortschrittseuphorie der 1950er- und frühen 1960er-Jahre verfliegen. Stattdessen herrschte Katzenjammer. Die Kultkomödie *Zur Sache Schätzchen* traf die Stimmung der Zeit: Der Antiheld Martin (Werner Enke) fühlt sich »ungeheuer schlaff« und sagt immer wieder: »Es wird böse enden.«²

Eins schien klar: Im anbrechenden Jahrzehnt konnte und wollte man nicht einfach weitermachen wie bisher. Das betraf auch die Wirtschaft. Der *Spiegel* stellt in der oben zitierten Titelgeschichte fest: »Das bisher vorrangige Verfahren, jährlich die höchstmöglichen Zuwachsraten des Wohlstands zu erstreben, wird fragwürdig, wenn sich wirtschaftliches Wachs-

tum und technische Perfektion von menschlichen Bedürfnissen ablösen, die nicht ökonomischer Natur sind.«³ Die »naiv-positivistische These der liberalen Marktwirtschaftler, die da meinen, alles werde sich schon zu rechtlaufen, wenn man nur genügend produziere«, schein, so die *Spiegel*-Autoren, »vollends überholt«. Solche Ansichten hatten bislang in der Wirtschaftsberichterstattung des *Spiegels* keine Rolle gespielt.

Aber dieser Stimmungswandel war nicht nur ein vages Symptom der Unlust von Teilen der Jugend am Leistungskult ihrer Wirtschaftswundereltern. Der Umschwung war getrieben von einer konkreten Sorge um die Natur und die durch ihre Zerstörung gefährdeten Menschen. Der Historiker Joachim Radkau spricht von einer »ökologischen Revolution um 1970«. ⁴ Im *Spiegel* wird dieses neue Bewusstsein sehr deutlich: »Bis wann und in welchem Ausmaß soll die Industrie noch fortfahren dürfen, Abfälle und Schadstoffe zu produzieren, die mehr oder minder unkontrolliert die Umwelt des Menschen zu zerstören drohen?«⁵ Anderthalb Jahre später stellt der *Spiegel* fest, dass »sich sogar die Industrie innewird, dass sie die Nation mit ihren Produkten verwöhnt, mit ihren Ausdünstungen und Abfällen gleichzeitig vergiftet«. ⁶

Die publizistische Frühgeschichte des ökologischen Krisenbewusstseins beginnt in den USA 1962 mit Rachel Carsons Buch *Stiller Frühling* (*Silent Spring*). Diese poetische Anklageschrift gegen die Verwendung des Insektizids DDT wurde bald zu einem Kultbuch ungezählter Aktivisten. Eine von Präsident Kennedy eingesetzte Wissenschaftlerkommission bestätigte die Warnungen des Buches und löste dadurch eine erste Welle der Umweltschutzpolitik in den USA aus.

Die enorme gesellschaftliche und politische Nachwirkung des Buches strahlte auch nach Deutschland aus. Der *Spiegel* verbreitete Carsons Schreckensbotschaft mit einem ausführlichen Artikel im Kulturteil noch vor Erscheinen der deutschen Übersetzung: »Der Verseuchung unserer Umgebung [im Original *environment*, also heute als »Umwelt« zu übersetzen; F. K.] kann erst ein Ende gesetzt werden, wenn unsere Behörden den Mut und die Aufrichtigkeit aufbringen, öffentliches Wohlergehen für wichtiger als Dollars zu erklären, und wenn sie diesen Standpunkt gegenüber allen Pressionen und Protesten vertreten. [...] Wenn die Öffentlichkeit bei frühe-

ren Gelegenheiten von der abträglichen Wirkung der Schädlingsbekämpfungsmittel erfuhr, wurde sie mit Beruhigungspillen in Form von Halbwahrheiten abgespeist.«⁷ Einige Monate später berichtete die New Yorker Korrespondentin der *FAZ* über die Wirkung des Buches auf die amerikanische Öffentlichkeit.⁸

Genschers PR-Erfolg mit Umweltpolitik

Der Begriff »Umweltschutz«⁹ war vor 1969 in der *FAZ*, im *Spiegel* und in der *Zeit* nicht vorgekommen. Weder die damals entstehenden Bürgerinitiativen noch Journalisten prägten ihn, sondern der politische Betrieb. Sehr schnell begriffen deutsche Politiker, dass neue Aufgaben vor ihnen lagen. Der Ministerialbeamte Peter Menke-Glückert schlägt im November 1969 Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher »Umweltschutz« als Sammelbegriff für die neuen Kompetenzen vor.¹⁰ Angetrieben von Menke-Glückert und vor allem von Staatssekretär Günter Hartkopf entstanden daraufhin im Innenministerium in kurzer Zeit das »Sofortprogramm Umweltschutz«, das »Benzinbleigesetz«, das »Abfallgesetz«, das »Immissionschutzgesetz«, das »Fluglärm-« und das »Umweltstatistikgesetz«. Mit der ersten UNO-Umweltkonferenz, die im Sommer 1972 in Stockholm stattfand, begann auch die Epoche der internationalen Umweltpolitik.

Für Genscher war die Umweltpolitik ein großer PR-Erfolg. Der neue FDP-Star konnte sich als fürsorglicher Retter präsentieren: »Wenn wir nicht schnellstens handeln, [...] werden meine Enkelkinder eine Gasmaskе aufsetzen müssen, wenn sie draußen spielen wollen«, zitierte ihn der *Spiegel* in der Titelgeschichte *Vergiftete Umwelt* 1969.¹¹ Genscher brüstete sich noch 2014 mit seiner Pionierrolle: »In der ersten Umweltdebatte des Deutschen Bundestags sagte ich im Dezember 1970: ›Das Grundgesetz kennt das Wort Umweltschutz noch nicht. Dem Grundrechtskatalog fehlt ein Menschenrecht auf unschädliche Umwelt.‹ Erst 24 Jahre später wurde mit Art. 20a der Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert.«¹²

Die neu entdeckte Umwelt war für Journalisten ein ergiebiges Thema, gerade für ein Magazin wie den *Spiegel*. Dessen Verleger Augstein stand der ökologischen Bewegung zwar von Anfang an desinteressiert gegen-

über.¹³ Aber egal, wie man als Journalist persönlich darüber dachte, das aufblühende ökologische Bewusstsein und die tatsächlichen oder zu erwartenden Katastrophen, die die Umweltbewegung beklagte, boten den Stoff, aus dem journalistischer Erfolg gemacht ist: Skandale und Emotionen. Allein DDT, das Pflanzenschutzgift, dessen Schädlichkeit Carson in ihrem Buch mit poetischen Worten beklagt, war dem *Spiegel* bis zum Verbot in Deutschland 1972 mehrere Artikel wert.¹⁴

Die Krise der Großstadt

Ein großes Thema jener Zeit – uns heute seltsam fremd – ist die Krise der Großstadt. Ihren Anfang markiert 1965 Alexander Mitscherlichs Buch *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*. Der Psychologe hatte sich damit als erfolgreicher Wünschelrutengeher der deutschen Volksseele gezeigt. Das Buch war mit rund 200.000 verkauften Exemplaren ein Bestseller¹⁵. Rudolf Hillebrecht, Planer von Nachkriegs-Hannover, musste sich von Mitscherlichs Kritik angesprochen fühlen. Im *Spiegel* erhielt er die Gelegenheit, die »ärgerliche Lektüre« in einem Gastbeitrag zu kritisieren.¹⁶ Aber sonst regte sich in der Presse kaum jemand zur Verteidigung der städtebaulichen Nachkriegstristesse. Im Gegenteil: Mitscherlichs Unwirtlichkeitsthese war bald Allgemeingut – zumindest vermittelt in der *Spiegel*, aber auch die *Zeit* und die *FAZ* in den folgenden Jahren den Eindruck, dass das Leben in deutschen Städten nur schwer auszuhalten sei.

In der Krise der Großstadt, wie sie Soziologen, Journalisten und auch Politiker in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren ausriefen, waren ökologische und soziale Probleme untrennbar miteinander verwoben. New York war damals der Inbegriff eines runtergekommenen, schmutzigen und verbrechensverseuchten Molochs und erschien als ein Menetekel für die üble Zukunft aller Großstädte. In den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren kam kaum ein Bericht aus den USA ohne Hinweis auf den Smog über Los Angeles aus. Der drohte aber, wie die *FAZ* 1969 berichtete, im Winter auch deutschen Städten.¹⁷

Ökologische Schäden erschienen als Ursachen für die sozialen und sozialpsychologischen Probleme des Großstadtlebens: »Die städtische Um-

welt, von Menschen geformt, beginnt Stadtmenschen zu deformieren.« Der *Spiegel* sah »die Gegenwart« – 1968 – »bedrängt von einem schier unlösbar erscheinenden Zivilisationsproblem: der Zusammenballung von Menschen und Maschinen in den Städten.«¹⁸

Auch drei Jahre später war das Thema noch nicht durch. »Sind unsere Städte noch zu retten?«, stand im Sommer 1971 auf dem *Spiegel*-Titel.¹⁹ In dem dazugehörigen Artikel ist oft von »Wachsen« oder »Zunehmen« die Rede. Aber es geht nicht um den Wohlstand, sondern dessen Kehrseiten:

»Wachsen wird das Verkehrsdilemma – schon heute ereignen sich fast zwei Drittel aller Unfälle in den Ballungsgebieten. [...] Ansteigen wird die Wohnungsnot – schon derzeit hausen 15 Millionen Westdeutsche in vier Wänden aus dem 19. und früheren Jahrhunderten. [...] Zunehmen wird die Umweltverluderung – die Verseuchung der Gewässer, Verpestung der Luft, Verkümmern der Grünflächen.« [ebd.]

Im Sommer des Jahres 1972 veröffentlichte der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der wenige Monate später Bundesminister für Städtebau werden sollte, einen Vorabdruck seines Buches *Die Amtskette* im *Spiegel*:

»Die Symptome der Krise sind Legion. [...] Da ist das uferlose, scheinbar durch nichts zu bremsende breiartige Auseinanderfließen der Stadtstrukturen. Da ist das Absterben der vom Individualverkehr lahmgelegten und erstickten Innenstädte [...]. Da ist die zunehmende Verschmutzung, ja Vergiftung der Luft und des Wassers, die das Atmen im Freien zur Qual und das Baden und Schwimmen zu einer Gesundheitsgefahr macht. Da ist der Raubbau an der Natur, am Boden, an der Fauna und Flora, der das ökologische Gleichgewicht in irreparabler Weise bedroht.«²⁰

Vogels Erklärung für diese drastische Lage widersprach in radikaler Weise dem bis dahin vorherrschenden Wachstumsglauben seiner Genossen:

»Die Krise ist die Krise des über seine Grenzen hinauswuchernden ökonomischen Systems, es ist die Krise der ökonomischen Stadt. Sie besteht darin, daß auch in unseren Städten die Zuwachsrate das ausschlaggebende Entscheidungskriterium darstellt. Alles was die Zuwachsrate des Sozialprodukts, des Konsums, des Profits steigert, ist gut und geschieht, alles was die Zuwachsrate auch nur abflacht, ist schlecht und unterbleibt.«²¹

Die Wahrnehmung von der Krise der Stadt verschwand dann in der zweiten Hälfte der 1970er wieder aus den Zeitungen. Dafür gab es ebenso wenig wie für ihr Aufkommen einen konkreten Anlass. Doch für einige Jahre war diese Krise in den Medien eines der großen Themen in Deutschland, nicht nur im *Spiegel*, sondern auch in der *Zeit*²² und der *FAZ*²³. Dass sie im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik keine tiefen Spuren hinterlassen hat, hängt wohl damit zusammen, dass sie keinen konkreten Aufhänger hatte. Sie bot keine Schlachtfelder des gesellschaftlichen oder politischen Konfliktes, keine Erinnerungsorte. Von der Krise der Städte gibt es keine zu Ikonen gewordenen Bilder, wie sie die Studentenproteste lieferten, keine Helden, wie den toten Benno Ohnesorg.

Der Boom der Zukunftsforschung

Ebenso vergessen wie die Krise der Städte ist heute auch der Boom der Zukunftsforschung. Futurologen wie Alvin Toffler (*Future Shock*, 1970) heizten einerseits die Angst an, versprachen andererseits Lösungen durch wissenschaftliche Ratio. Dem *Spiegel* war die Futurologie eine eigene Titelseite²⁴ wert und in der *FAZ* erschienen zwischen 1966 und 1972 genau 62 Artikel²⁵ über die Erforschung der Zukunft. Einer davon behandelt einen vom *Sender Freies Berlin* ausgerichteten futurologischen Fernseh-wettbewerb, in dessen Präambel die zeitgeistige Zukunftsangst Ausdruck fand: »Der Prix Futura will den Anreiz geben, durch alle Arten von Fernsehproduktionen zu der gesellschaftlichen und privaten Bewältigung des zukünftig Möglichen mit dem Vorgriff auf den Alltag von morgen und auf eine Zukunft ohne Angst und Schrecken beizutragen.«²⁶

»Eine Bombe im Taschenbuchformat«

Die ökologische Revolution, die Krise der Städte und die Zukunftsforschung schufen einen fruchtbaren Boden für das wohl bedeutendste publizistische Ereignis der frühen 1970er-Jahre: *Die Grenzen des Wachstums*. Das Buch sollte das Wachstumsdogma erschüttern.

Thomas von Randow, der damalige Leiter des Wissenschaftsressorts der *Zeit* spricht von einer »Bombe im Taschenbuchformat«²⁷. Unter der Überschrift »So geht die Welt zugrunde« präsentiert er seine Zusammenfassung des Berichts der 17 Wissenschaftler unter Führung von Dennis Meadows schon vor Erscheinen der deutschen Übersetzung:

»Es steht schlecht um die Zukunft unserer Spezies, sehr schlecht. Wenn wir fortfahren, uns in dem Maße zu vermehren wie bisher, wenn Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelmangel und Ausbeutung der Rohstoffquellen weiterhin so zunehmen, wie es gegenwärtig geschieht, dann wird schon vor Ablauf der nächsten hundert Jahre eine absolute Wachstumsgrenze erreicht sein. Bald darauf werden Hunger und Krankheit plötzlich eine rasche und unaufhaltsame Dezimierung der Menschheit verursachen.

Nicht minder rapide wird die industrielle Kapazität kollabieren. Selbst wenn es uns gelänge, der Bevölkerungsexplosion augenblicklich Einhalt zu gebieten, könnten wir den Zusammenbruch unserer Zivilisation nicht mehr verhindern; es sei denn, die Menschheit fände sich alsbald in internationaler Einigkeit dazu bereit, freiwillig auf industrielles Wachstum zu verzichten [...]«²⁸

Die im Auftrag des Club of Rome²⁹ durchgeführte Studie über die ökonomische, ökologische und demografische Zukunft der Welt war ein weltweiter Verkaufserfolg und schlug gewaltige Wellen. Mehr als fünfzehn Monate lang blieb sie in der *Spiegel*-Bestsellerliste. Allein die deutsche Taschenbuchausgabe von rororo wurde 370.000-mal verkauft.³⁰ Weltweit betrug die Gesamtauflage nach Angaben des Club of Rome mehr als zwölf Millionen Exemplare.³¹

Die »Grenzen des Wachstums« wurden fast umgehend nach Erscheinen zu einer stehenden Wendung in Journalistentexten. Über einem Jahressrückblick auf den Kunstmarkt³² in der *Zeit* steht ebenso die Überschrift »Grenzen des Wachstums« wie 1978 über einer Analyse des Werbetextes³³. Die Bildungsreformen sieht *Zeit*-Autor Dietrich Wolf ebenso »hart auf die Grenzen des Wachstums gestoßen«³⁴ wie sein Kollege aus der Wissenschaftsredaktion Gustav Adolf Henning die Flügelspannweite eines Flugdinosauriers³⁵.

In Zeitungen und Zeitschriften blieb die Club-of-Rome-Studie für viele Monate ein Debattenthema. Jahrelang war in Essays und Analysen immer wieder von den »Grenzen des Wachstums« die Rede. Allein in der *Zeit* erscheinen bis zum Ende der 1970er-Jahre insgesamt 97 Artikel, die sie erwähnen.

Wie ist dieser für eine wissenschaftliche Fach-Publikation ungewöhnliche und bis heute einzigartige Publikumserfolg zu erklären? Sicher nicht durch seine literarische Qualität. Das Buch bereitet im Gegensatz zu Carsons *Silent Spring* kein Lesevergnügen. Seine Sprache ist hölzern. Nur wenige der Käufer werden sich durch die Tabellen und unverständlichen Schaubilder durchgekämpft haben, die der Computer des Massachusetts Institute of Technology (MIT) ausgebrütet hatte.

Entscheidend war vermutlich allein die Botschaft, die den Nerv der Zeit traf. Viele Menschen hatten offenbar darauf gewartet, dass die grundlegende Systemfrage offen gestellt wird: Wie lange kann das alles noch so weitergehen? Und nun kamen Wissenschaftler vom MIT, die dem »vagen, aber wachsenden Gefühl des Unbehagens« einen wissenschaftlichen, soliden Grund gaben, indem sie feststellten, was eigentlich eine offensichtliche Banalität ist: nicht mehr sehr lange. Die Resonanz ist vermutlich dadurch zu verstehen, dass ein Bewusstsein der großen Krise der Industriegesellschaft, wie oben gezeigt, bereits vorhanden war: Futurologie, die Krise der Städte und vor allem die ökologische Revolution hatten dafür den Boden bereitet. Eine ausgiebige Presseberichterstattung hatte dieses Krisenempfinden seit den späten 1960ern aus gesellschaftlichen Nischen in die erste Reihe der Öffentlichkeit gehoben. Ein weltpolitisches Ereignis im Jahr nach dem Erscheinen trug dann dazu bei, dass die *Grenzen des Wachstums*

in der Presse und im öffentlichen Bewusstsein präsent blieben: Die Ölkrise durch den Exportstopp der arabischen Förderländer nach dem Jom-Kippur-Krieg schien die Brisanz der Botschaft von Meadows zu bestätigen. »Da Energie die Grundlage des im Westen mit vier bis fünf Prozent vorausgeschätzten jährlichen Wirtschaftswachstums abgibt, genügend Ersatz für das Nahostöl aber nicht aufzutreiben ist, könnten die [...] Grenzen des Wachstums früher erreicht sein als geahnt«, schreibt der *Spiegel*.³⁶

Die Studie war eine Kriegserklärung an das ökonomische und politische Establishment. Sie »schlägt der in sozialistischen und kapitalistischen Staaten gehuldigten Wachstumsideologie mitten ins Gesicht«, schreibt Thomas von Randow, Wissenschaftsressortleiter der *Zeit*.³⁷ Von Randow – in den 1950er-Jahren selbst *fellow* am MIT – war unter Deutschlands Journalisten wohl der eifrigste Unterstützer des Club of Rome. 1972 und 1973 schrieb er fünf Artikel über die *Grenzen des Wachstums* und das zweite Auftragswerk für den Club of Rome, die sehr viel weniger beachtete Studie *Menschheit am Wendepunkt* (1974). Randow ignorierte die Kritik an der Kritik nicht. Zum Beispiel den bis heute immer wieder erhobenen Einwand, es »würde uns auch angesichts der neuerlichen Gefahren für den Fortbestand der Menschheit sicher wieder rechtzeitig etwas einfallen, womit der Ruin abermals abgewendet, ja, der Wohlstand weiterhin verbessert werden kann«. ³⁸ Doch für von Randow führte kein Weg vorbei »an der schlichten Tatsache: daß die Erde eine endliche Größe hat«. Die Lage sei nur dann nicht aussichtslos, »wenn wir bereit sind, die Grenzen des Wachstums zu erkennen«.

Von Randow nahm in den Jahren 1972 und 1973 jeden sich bietenden Anlass wahr, um die Botschaft der Grenzen zu verkünden. Als der Club of Rome den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhält, hebt von Randow die epochale Bedeutung der Studie hervor: »Kaum war eine kursorische Beschreibung dieser Studie im vorigen Frühjahr erschienen, da waren ihre Resultate und die Folgerungen daraus schon in aller Munde. Kein Politiker in der westlichen Welt, der seitdem nicht schon einmal darauf Bezug genommen hätte. Das ist des Friedenspreises gewiß würdig.«³⁹

Als der Sachverständigenrat für Umweltfragen sein Papier *Auto und Umwelt* veröffentlicht, schreibt von Randow: »Wie der Bericht des Club

of Rome, auf den sie sich mehrfach beziehen, kommen auch die Umweltschützer in ihrem Gutachten zu der trivialen Erkenntnis, daß in einer begrenzten Welt jedwedem Wachstum irgendwo Grenzen gesetzt sind, also auch dem des Straßenverkehrs.«⁴⁰ Von Randow berichtet nicht nur, er appelliert: »Bleibt zu hoffen, daß der so konkret beratene Gesetzgeber jetzt auch zügig danach handelt. Die Grenzen des Wachstums – im Straßenverkehr sind sie erreicht.« Bei anderer Gelegenheit, anlässlich des Erscheinens der zweiten Studie des Club of Rome, *Die Menschheit am Wendepunkt* von Mihajlo Mesarović und Eduard Pestel, wiederholt von Randow den Appell an »diejenigen, die in dieser Welt Entscheidungen über unser Wohl zu treffen haben«, sich der Erkenntnisse der Forscher zu bedienen, denn es »bleibt uns keine andere Wahl«.⁴¹

Von Randows Parteinahme war innerhalb der *Zeit* nicht unangefochten. Die mittlerweile zur Herausgeberin aufgestiegene Marion Gräfin Dönhoff beklagt die politische Einfalt der Autoren: »Kein Wort davon, wie die sozialen Spannungen und Verteilungskämpfe bewältigt werden könnten, die automatisch entstehen, wenn eine Gesellschaft, die an regelmäßig steigende Einkommen gewöhnt ist, sich plötzlich mit Stillstand und Nullwachstum abfinden soll. Auch kein Gedanke, der an die Frage verschwendet wurde, ob eigentlich unsere politischen Institutionen einen solchen Schrumpfungsprozeß aushalten können.«⁴² Die Gräfin hat damit den Finger in eine bis heute offene Wunde der Wachstumskritik gelegt.

Im Wirtschaftsressort der *Zeit* nahm man die Mängel der *Grenzen des Wachstums* noch genauer auseinander. Michael Jungblut kritisiert die »sich ständig vermehrende Schar der Wachstumskritiker« für die »hysterische Reaktion«, die »der Glaube an die Unfehlbarkeit der Mathematik und des Computers« ausgelöst hätten.⁴³ Die Modelle von Meadows beruhen auf falschen Annahmen und ignorierten die Wirkung steigender Rohstoffpreise auf die Nachfrage. »Notwendigerweise unberücksichtigt bleiben mußte in dem MIT-Modell auch die politische Wirkung, die von ihm selber ausgeht. Die Existenz derartiger Berechnungen zwingt Politiker, Wissenschaftler und Manager unter dem Druck der öffentlichen Meinung, über die Probleme der Zukunft nachzudenken und Maßnahmen gegen Raubbau, Verschwendung und Umweltverschmutzung zu ergreifen.« In dieser

Wirkung erkannte Jungblut aber die Notwendigkeit solcher Studien, »um dem blinden Kult mit ökonomischen Wachstumsraten zu begegnen, dem heute vor allem in einigen kommunistischen Ländern und in Japan noch ungehemmt gefrönt wird«. Wachstum, so Jungblut abschließend, »muß nur dann diabolisch wirken, wenn es nicht in die richtigen Bahnen gelenkt wird«.

Die Front zwischen Anhängern und Kritikern der Studie verlief in der *Zeit* – vereinfacht gesagt – zwischen Feuilletonisten und Wissenschaftsredakteuren einerseits und dem Politik- beziehungsweise vor allem dem Wirtschaftsressort andererseits. Ähnlich bei der *FAZ*: Im Feuilleton war der Ton der meisten Artikel wohlwollend. »Trotz mancher, möglicherweise berechtigter Einwände gegen die Kassandrarufe, die der Computer scheinbar so unanzweifelbar macht, bleibt die Notwendigkeit, grundlegende Wertmaßstäbe in unserer Gesellschaft zu ändern und neu zu durchdenken«, schreibt ein ungenannter *FAZ*-Feuilletonist anlässlich der Verleihung des Friedenspreises.⁴⁴ Feuilleton-Herausgeber Karl Korn lobt den Börsenverein des Buchhandels dafür, dass er mit seiner Entscheidung für den Club of Rome »fruchtbare Unruhe« fördere.⁴⁵ Die Literaturwissenschaftlerin Marianne Kesting nimmt ihn gegen diejenigen in Schutz, »die Beruhigungsspielen unter das Volk streuen«. Die meisten »Umwelt-Bücher« seien im Gegensatz zum Club of Rome »bemüht, die heilige Kuh der Industriegesellschaft heilighalten: das industrielle Wachstum«.⁴⁶

»Umweltschutz braucht Wirtschaftswachstum«

Im Wirtschaftsressort der *FAZ* dagegen überwiegt die Kritik. Für Hans Roeper waren die Sorgen zwar nicht ganz grundlos und vor »Wachstum, Wachstum über alles« habe die *FAZ* schließlich schon früher gewarnt (vgl. 3. Kapitel). »Dennoch muß man nicht gleich die künftige Entwicklung nur noch in den schwärzesten Farben sehen. Prognosen über einen Zeitraum von hundert Jahren sind doch etwas sehr Fragwürdiges, wie sich daran erweist, daß schon wissenschaftliche Konjunkturvorhersagen für nur ein Jahr oft genug nicht zutreffen. Auch scheint, daß so manche, die jetzt im Wirtschaftswachstum das große Übel sehen, in einen ähnlichen Extremis-

mus verfallen wie jene, die das Wirtschaftswachstum zum Ober-Ziel jeder Wirtschaftspolitik erheben.«⁴⁷ Es sei schließlich »ein uralter Trieb des Menschen, im direkten oder indirekten Ringen mit der Natur seine Lebensverhältnisse zu verbessern. [...] Vor allem aber wird ein vernünftiges Wachstum auch in Zukunft notwendig sein, weil nur so die umfangreichen Einrichtungen und Ausrüstungen für den Umweltschutz geschaffen werden können.«

Weiteres Wachstum, um die negativen Folgen des bisherigen Wachstums beheben zu können: Dieses Argument war unter Ökonomen verbreitet. In einem Bericht über ein Symposium an der Hochschule St. Gallen zitiert der Autor die Ökonomen Francesco Kneschaurek und Josua Werner: »Es müssten eben mehr Produktionsfaktoren auf den Umweltschutz hin eingesetzt werden. Diese Aufgabe sei aber bei wachsender Produktionskapazität viel leichter zu bewältigen.«⁴⁸ Josua Werner durfte seine These einige Wochen nach dem Symposium dann noch einmal in einem Gastbeitrag in der *FAZ* ausbreiten. Die Überschrift sagt dabei schon alles: »Umweltschutz braucht Wirtschaftswachstum.«⁴⁹

Mit dieser Ökonomenthese ergriff auch der *Spiegel* offen Partei gegen die »Apokalypse aus dem Computer«: Für den »Gleichgewichtszustand zum Heil der Menschheit [...] bedarf es wirtschaftlichen Wachstums, nicht allgemeiner Stagnation zur Rettung der Art.«⁵⁰ Das entsprach auch ganz der Linie, auf die man sich bei der OECD geeinigt hatte: Die Organisation erklärte die Infragestellung des Wachstums aus Umweltschutzgründen für verfehlt und gab stattdessen die Parole aus, dass Aufgaben der Regierungen »bei der Aufrechterhaltung und Förderung einer akzeptablen menschlichen Umwelt nun im Rahmen von Wachstumspolitiken entwickelt werden müssen«.⁵¹ Hier zeigt sich das Paradigma des Wirtschaftswachstums in seiner reinsten Form: Wachstum ist ein Allheilmittel, das selbst gegen die Schäden wirkt, die es selbst verursacht hat.

Aber abhaken konnte man das Thema damit nicht. Zu offensichtlich war, dass es um mehr ging als irgendeine wissenschaftliche Studie. Die *Grenzen des Wachstums* schienen eine Zeit lang der Weltgeist zwischen Buchdeckeln zu sein. Auch in Deutschlands Chefetagen horchte man auf. Meinhard Miegel, damals Assistent der Geschäftsführung des Henkel-Konzerns, bekam den Auftrag, die Studie vorzustellen und »das Thema im Auge

zu behalten.«⁵² Noch deutlicher war die Reaktion in der Automobilindustrie. Ausgerechnet der Sportwagenhersteller Porsche präsentierte der verblüfften Öffentlichkeit unter ausdrücklichem Verweis auf die *Grenzen des Wachstums* ein »Langzeit-Auto« mit schlappen 75 PS – das nie gebaut wurde.⁵³ Auch BMW hatte die Botschaft vernommen: Vorstandschef Eberhard von Kuenheim verkündete vor Journalisten: »Wir kennen die Grenzen des Wachstums des Automobils.«⁵⁴ Ignorieren war da für Journalisten keine Option.

Der *Spiegel* diffamiert Wachstumskritiker

Und so fragte der *Spiegel* im Januar 1973 auf dem Titelblatt: »Wachstum – im Wohlstand ersticken?«⁵⁵ Die Autoren stellten fest: »Wohlstandsüberdruß und Kritik am Wirtschaftswachstum ist derzeit in den westlichen Industriestaaten in Mode« und hätten »sogar die Amtszimmer der Politiker« erreicht. Allerdings eine Mode, die wenig Substanz habe und bald vorbei sein werde. Die Stagnation, die Meadows und andere einforderten, sei »freilich ein faszinierender Wunschtraum«, doch allenfalls in ferner Zukunft möglich, denn »heute hätte ein Wachstumsstopp jedenfalls nur fatale Folgen.« Nämlich »Hunger auf ewig« für die Entwicklungsländer und für die entwickelten Gesellschaften die Rückkehr der Armut, »aus der sie sich gerade mühselig herausgestrampelt haben«. Erklärung: »Da in einer stationären Wirtschaft nur noch verschlissene Maschinen und abbruchreife Häuser ersetzt, nicht aber zusätzlich neue produziert werden, müßten die Investitionsgüterindustrien und das Baugewerbe damit rechnen, daß ihre Kapazitäten nur noch zu zwei Fünfteln ausgelastet wären. Die Folge: mindestens drei Millionen Arbeitslose.«

Der ungenannte *Spiegel*-Autor schrieb nicht, welcher Ökonom ihm diese Behauptung in den Block diktiert hatte. Möglicherweise war es der im Artikel mehrfach zitierte Klaus-Dieter Arndt, Präsident des DIW und als ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär erster Ideengeber Karl Schillers. Die Überzeugung seines Genossen Hans-Jochen Vogel, dass es die Aufgabe der Politik sei, sich auf das Ende des Wachstums einzustellen – »Bis 1980 oder 82 müßten wir allmählich auf diese Bahn kommen« –

feht Arndt mit einem schlagenden Argument beiseite: »Zwei Jahre Praxis in dieser Art, und die Politiker sind weg vom Fenster.«

Der *Spiegel* scheut sich nicht, die Wachstumskritiker persönlich zu diffamieren: »Im Glauben an die Segnungen eines Wachstumsstopps vereinen sich Anhänger der linken Denker Marcuse und Adorno mit jenen, deren Argumentation von dem rechten Philosophen Ludwig Klages, der als Wegbereiter des Faschismus gilt, stammen könnte«. Die Anhänger der »neuen Heilslehre«, so macht der *Spiegel* unmissverständlich klar, seien höchst bedenklich: ein freudloser Calvinist wie der holländische Ex-Präsident der EG-Kommission Sicco Mansholt, ein vom »messianischen Puritanismus« erfüllter Entwicklungsminister Erhard Eppler und ein Philosoph Marcuse, »der von einer Gemeinschaft lauter kleiner kluger Goethes« träume. Die »Welt nach Marcuses Gusto« sei am Ende »genauso unfrei, wie die von Konservativen angestrebte«, behauptet der *Spiegel*. Und die schärfste Kritik trifft die »Wirtschaftskapitäne«, die der italienische Topmanager Aurelio Peccei im Club of Rome versammelt habe, um nun »stets zum Verzicht aufzurufen«: »Außer der Angst, der technische, ökonomische und soziale Wandel könnte sie von ihren Stühlen fegen, ist bei den Privilegierten auch dieses Gefühl lebendig: Sämtliche Annehmlichkeiten, die Wohlstand bieten kann, sind nur noch halb so schön – wenn jeder sie genießt. Autofahren und Urlaub am Strand des Mittelmeeres waren selbstverständlich viel gemüthlicher, solange nur wenige es sich leisten konnten, Straßen und Küsten also leer blieben.« Wachstumskritik ist für den *Spiegel* Klassenkampf von oben.

In der politischen Debatte, sofern sie in Zeitungsbeiträgen stattfand, gingen die Fronten quer durch Regierung und Opposition. Zu den wenigen Politikern, die öffentlich Partei für den Club of Rome ergriffen, gehören zwei Männer, die die deutsche Politik noch jahrelang prägen sollten. Der CDU-Sozialpolitiker Norbert Blüm sieht den »Fortschritt in der Sackgasse« und meint, »daß wir auf einige Punkte der Steigerung des Produktionsergebnisses verzichten müssen zugunsten einer menschlichen Produktionsweise«. ⁵⁶ Und der Sozialdemokrat und Städtebauminister Hans-Jochen Vogel glaubt, dass »nach den Epochen der Entdeckung und Ausbeutung« nun »ein Zeitalter der Erhaltung und Wiederherstellung überfällig« sei. ⁵⁷

Er forderte auch, die Europäische Gemeinschaft dürfe sich »nicht länger im wesentlichen als eine gigantische Maschinerie zur Steigerung des Sozialprodukts begreifen«.

Vogel unterstützte damit – ohne den Namen zu nennen – den EG-Kommissionspräsidenten Sicco Mansholt. Die Meadows-Studie hatte auf den Niederländer so großen Eindruck gemacht, dass er daraus radikale Konsequenzen ziehen wollte. Die Studie hatte ihm nach eigener Aussage einen »Schock« versetzt.⁵⁸ Mansholt forderte zum Entsetzen des politischen Establishments in Brüssel und anderen Hauptstädten, die Europäische Gemeinschaft grundlegend neu zu orientieren und die »diabolische« Wachstumspolitik zugunsten des »Umweltgleichgewichts« aufzugeben.⁵⁹ »Es wäre wünschenswert, darüber nachzudenken, wie wir zu einer Wirtschaft beitragen können, die nicht mehr auf dem größtmöglichen Wachstum pro Kopf basiert«, schrieb Mansholt. »Außerdem sollten Themen wie Planung, Steuerpolitik sowie Zuteilung von Rohstoffen und wahrscheinlich einigen essentiellen Endprodukten mit bedacht werden.«⁶⁰ Für dieses ökoplanwirtschaftliche Vorhaben, das Mansholt zuerst – noch als Vizepräsident – in einem öffentlich gewordenen Brief und dann, nach dem Ende seiner Amtszeit, in einem Buch⁶¹ propagierte, erntete er fast nur Unverständnis, nicht zuletzt von seinem Stellvertreter Raymond Barre, der um Arbeitsplätze und Europas Wettbewerbsfähigkeit fürchtete.

Dass Mansholt sich in der EG nicht durchsetzen würde, war schnell klar. Eine Konferenz in Venedig zum Thema »Industrie und Gesellschaft in der EWG«, auf der Mansholt für seine Idee warb, endete ohne ein gemeinsames Schlusscommuniqué.⁶² Bundeskanzler Brandt erklärte Mansholts Ansichten in einer Rede vor Industriellen für »sicher etwas überzogen«.⁶³ In Brüssel ist dieser Brief, auch Mansholt-Testament genannt, folgenlos versendet. Seine Überlegungen über eine Abkehr von der Wachstumspolitik sind im europäischen Politik-Establishment heute weitestgehend vergessen. In einer offiziellen Broschüre der Europäischen Kommission über den Agrarpolitiker und »wahren Europäer« sind sie mit keinem Wort erwähnt.⁶⁴

Auch in der Presse stieß Mansholt eher auf Unverständnis. In dem oben genannten Leitartikel der *FAZ* lehnt Roeser nicht nur das »besonders düstere Zukunftsbild« des Club of Rome, sondern ausdrücklich auch

Mansholts Ruf nach »Eindämmung des ‹diabolisch› gewordenen Wachstums« ab.⁶⁵ Die Frage »Wachstum oder Umweltschutz?« hatten die Ökonomen schließlich salomonisch beantwortet: »Umweltschutz durch Wachstum!« Niemand in den Politik- und Wirtschaftsressorts der *FAZ*, des *Spiegel* oder der *Zeit* vertrat offensiv die Position Mansholts. Typisch für die Haltung der Wirtschaftsjournalisten ist ein *FAZ*-Bericht über eine Podiumsdiskussion mit Meadows, Mansholt und ihren Kritikern. Er trug die Überschrift: »Ohne Wachstum geht es nicht« – ohne Anführungszeichen, sodass die Behauptung als Tatsache erscheinen musste.⁶⁶

Jenseits der Feuilletons und Wissenschaftsressorts blieb Wirtschaftswachstum das Kriterium, nach dem die Regierungspolitik zu beurteilen war. So präsent die *Grenzen des Wachstums* in den Monaten und Jahren nach ihrem Erscheinen in den Medien auch waren, wenn es um die konkrete Politik ging, war davon keine Rede. Nach den Bundestagswahlen 1972 erwartete der *Spiegel* von der siegreichen sozialliberalen Koalition selbstverständlich, den »nur bescheidenen Aufwärtstrend« der Wirtschaft zu verstärken. Die Unternehmen hofften schließlich »auf einen Gleichtritt der Bundesrepublik mit den anderen westlichen Industrieländern, die – mit dem Vorreiter USA – fast alle auf eine Hochkonjunktur zusteuern«.⁶⁷

»Wer fragt noch nach den Grenzen des Wachstums?«

Für den nach Schillers Abgang neuen Superminister – und nächsten Bundeskanzler – Helmut Schmidt war Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Arbeitslosigkeit das erste Ziel jeder Politik. Der von Vogel oder etwa dem JuSo-Vordenker Johano Strasser geforderte Ausstieg aus der Wachstumpolitik war für die SPD keine Option, analysiert Christian Graf von Krockow in der *Zeit*: »Denn die Arbeiter- und Gewerkschaftspartei ist seit je auf Wachstum programmiert und muß es im bestehenden System aus Gründen der Vollbeschäftigung und der Wohlstandsmehrung ihrer Mitglieder sein; ihr fehlt jedes Verständnis für Askese-Philosophien, die sich im Milieu der schon Arrivierten und Gesicherten so gefällig diskutieren lassen.«⁶⁸ Als Kanzler wird Schmidt die *Grenzen des Wachstums* eine »Gespensterdebatte« nennen.⁶⁹ Noch deutlicher war die Abneigung bei Arbeitsminister